

# Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte

---

13. Dezember 2007    **Nr. 4** (246)    1. (18.) Jahrgang

---

**Frohe Weihnacht und ein gesundes neues Jahr !**



Das Jahr 2007 neigt sich seinem Ende. Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen so fleißigen Weihnachtsmann wie auf unserem Foto vom wunderschönen Augustusburger Weihnachtskalender der Nikolaus. Für das Jahr 2008 wünschen wir allen Gesundheit und der LINKEN Erfolg, besonders hier im mittleren Sachsen.

---

## Die Titelthemen dieser Ausgabe

---

Ortsverbände stellen sich vor  
Heute: Leisnig (Landkreis Dö-  
beln) und Rochlitz (Landkreis  
Mittweida)

Im Blickpunkt : Die Kreis- und  
Verwaltungsreform  
Wo steht dabei die Landtags-  
fraktion der LINKEN?

Wie weiter in unserer inhalt-  
lichen Arbeit? Was wird aus  
den politischen „Leitlinien“?

- 2 editorial, glossiertes & kommentiertes
- 3 kommentiertes & lesermeinung
- 4/5/6 aus der arbeit der Ortsverbände Leisnig (Landkreis Döbeln) und Rochlitz (Landkreis Mittweida)
- 6/7/8 die kreis- und verwaltungsreform und die fraktion der LINKEN im landtag
- 8/9/10 beginn der programmdiskussion im regionalverband
- 11 mosaik & jubiläen
- 12 termine & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte“ erscheint in der 03. Kalenderwoche 2008  
Redaktionsschluss ist Freitag, 11. Januar 2008

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg  
BLZ: 870 700 24  
Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

## Impressum

**Herausgeber:** DIE LINKE; Regionalvorstand  
Döbeln-Freiberg-Mittweida  
Postanschrift: 09599 Freiberg, Bebelplatz 3  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Fax: 0 37 31 - 20 21 40

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pöttsch, Hans Weiske (verantwortl.)

**Satz, Fotos und Layout:** A • Bi • Te  
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und-vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co.KG,  
Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die „LinksWorte“ werden ab Erscheinungswuche im Internet unter [www.links Worte.de](http://www.links Worte.de) veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung aus dem Archiv abrufbar.

**Webmaster:** Richard Thum

## editorial

**S**o schnelllebig ist unsere Zeit. Es scheint, als wäre es gestern gewesen, da sich die Linke.PDS und die WASG fanden, um gemeinsam in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Diese Wahlen brachten uns eine gestärkte Linke, aber auch die unsägliche Große Koalition. Das alles ist nun schon wieder mehr als zwei Jahre her und die Hälfte der Legislatur vorbei.

Inzwischen sind wir im Bund und im Land eine neue Partei und regional hat sich ein neuer Verband aus den Genossinnen und Genossen der Kreise Döbeln, Freiberg und Mittweida formiert. Wenn da nicht die gewaltige Überalterung wäre, könnte man sagen, wir sind gut aufgestellt für die Ereignisse, die da kommen.

Mit der heutigen Ausgabe melden wir uns letztmalig im Jahre 2007 zu Wort. Wir tun das mit dem Beginn einer Serie, in der sich nach und nach alle unserer Ortsverbände vorstellen. Den Anfang machen die Ortsverbände Leisnig aus dem Landkreis Döbeln und Rochlitz aus dem Landkreis Mittweida. Im Januar geht es weiter!

Die beiden weiteren Titelthemen dieser Ausgabe sind einem redaktionellen Artikel zur Kreis- und Verwaltungsreform im Freistaat Sachsen und der Haltung der Landtagsfraktion der LINKEN dazu sowie der Führung der Programmdiskussion im Regionalverband gewidmet.

Der Vorstand des Regionalverbandes ist am 10. Dezember zu seiner letzten Beratung in diesem Jahr zusammen gekommen. Leider können wir wegen des vorgezogenen Redaktionsschlusses erst im Januar darüber informieren. Aber die Schwerpunkte stehen fest: die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Wahlen zu den neuen Kreistagen, der Landräte und in vielen Fällen der Bürgermeister am 08. Juni 2008 sowie die Beratung der Finanzplanung für 2008 einschließlich der damit verbundenen Entscheidungen zur Organisation der Arbeit im Regionalverband - immerhin hat die neue Struktur des Regionalverbandes erhebliche Konsequenzen für Geschäftsstellen, Finanzen, Internet, Zeitung und nicht zuletzt das elektronische Mitgliederprogramm.

## kommentiert

von Hans Weiske

### Reich wird reicher und arm bleibt arm

Die folgenden Zeilen wollte ich eigentlich, wie in unserem Blättchen an dieser Stelle üblich, als Glosse schreiben. Aber die Glosse blieb mir - bildlich gesprochen - im Halse stecken.

**K**urz vor der Jahreswende, wenn die Adventskerzen entzündet werden und die Weihnachts-Glückseligkeit ausbricht, kommt es - wie das Christkind - alle Jahre wieder: das ehrliche oder geheuchelte Mitgefühl mit den Verlierern in dieser erbarmungslos auf Erfolg getrimmten Gesellschaft. Der Freiburger Landrat Uhlig spricht in seinem Jahresrückblick von jenen, die „unverschuldet zu den Schwächsten unserer Gesellschaft gehören“. Als Botschaft für diese Menschen hat er die Empfehlung bereit, dass all die anderen - gewissermaßen die auf der Sonnenseite - sie nicht vergessen mögen. Die „Freie Presse“ organisiert in Freiberg gemeinsam mit der Freiburger Tafel in der Weihnachtszeit eine Tombola für Bedürftige. Gemeinsam freut man sich über Gutscheine, mit denen die sozial Schwachen „einmal nach Herzenslust einkaufen können“.

Nichts gegen die Empfehlung von Landrat Uhlig und nichts gegen all jene, die ein Herz für die Schwächsten haben und sich auch noch ehrenamtlich für sie engagieren, aber in diesem Lande ist doch etwas an der Verteilung des enormen Reichtums faul!

Schämt sich das reiche Deutschland nicht, dass hierzulande diverse „Tafeln“, „Brotkörbe“ oder was auch immer dafür sorgen müssen, um den Bedarf ganzer Familien an Grundnahrungsmitteln zu decken?

Schämt sich das reiche Deutschland nicht, dass hierzulande ein Kind in einer Hartz-IV-Familie 1,57 Euro im Monat für Schulmaterialien erhält und seine Eltern keinerlei Chancen haben, etwas für die Bezahlung von Nachhilfestunden oder gar einer Theaterkarte tun zu können? Man könnte weitere Beispiele nennen, ich lasse es sein. Auch jene, die - wie man in Deutschland so schön sagt - in Lohn und Brot stehen, sind in immer größerer Zahl auf die finanzielle Stütze durch Hartz-IV angewiesen.

Die diversen Reichtums- und Armutsberichte des Herbstes und andere Statisti-

ken enthüllen es in der wissenschaftlich verbrämten Sprache der Volkswirtschaftler: „trotz wirtschaftlichem Aufschwung sinkt der Anteil der Nettolohnquote am privat verfügbaren Volkseinkommen, während die Einkommensanteile aus Gewinnen und Vermögen steigen.“ Man könnte auch sagen: Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Das reichste Zehntel der Bevölkerung Deutschlands besitzt fast zwei Drittel des gesamten in Deutschland gehorteten Vermögens - nach Abzug der Schulden sind das immerhin 5,4 Billionen Euro und rein rechnerisch für jede Person ab 17 Jahren 81.000 Euro. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung hingegen besitzt nicht einmal zehn Prozent des Gesamtvermögens.

Damit sind wir bei der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Was wäre, wenn es in allen Branchen einen ordentlichen Mindestlohn gäbe, von dem man gut leben könnte und wenn die, die einmal durch das soziale Netz gefallen sind, ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen für sich und ihre Kinder erhielten? Die Tafeln und Tombolaaktionen für Bedürftige könnte man sich dann schenken; auch das mehr oder weniger ehrliche Mitgefühl für die Armen gäbe es dann nicht mehr.

Aber die Sache hat einen Hacken. Man brauchte nicht unerhebliche finanzielle Mittel - die durch eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums bereitgestellt werden müssten. Und hier können und wollen die Parteien mit dem „S“ wie „Sozial“ im Namen keine konkreten Lösungsschritte finden und die durchaus praktikablen der LINKEN werden als Populismus verdammt.

Es bleibt die simple Alternative: Tombola und Tafel für die sozial Schwachen oder sozial gerechte, das heißt, linke Politik.

## Alles Demokratie oder was?

von unserem Redaktionsmitglied  
Dr. Michael Matthes



**B**eginnen wir mit einer Provokation: Dummheiten bleiben Dummheiten, auch wenn sie von einer Mehrheit beschlossen werden. Nicht Besseres kommt heraus, wenn sich Kungelgruppen verabreden, um einen Beschluss nach ihrer Fassung durchzubringen. Nun? Wie wollen wir es halten, damit Demokratie nicht käuflich wird?

Erinnern wir uns an Tugenden, die uns schon mal in Fleisch und Blut übergegangen waren! Ich meine Kollektivität. Zwar kann und soll ein Thema von Einzelnen und Gruppen angestoßen werden, aber dann folgt eine kollektive Erörterung unter aufgeschlossenen Menschen. Einschränkungen der Erörterung verhindern die Wahrheitsfindung. Sachkundige Kritiker sind willkommen. Bedenkensträger tragen im Allgemeinen nichts zur Wahrheitsfindung bei. Die Objektivität der durch Fakten und Argumente belegten Meinung zählt. Persönliche Ansichten haben kein Gewicht. Meinungs- und Lösungsvarianten deuten auf die Wirklichkeit des gesunden Menschenverstandes hin. Die Nur-So-Und-Nicht-anders-Lösung macht sich verdächtig.

Ja, ja, ja - das hat noch nichts mit Demokratie zu tun. So findet jedes Gremium - sei es ein Kaninchenzüchterverein oder ein Wissenschaftlerteam - zur Erkenntnis und Seriosität. Demokratie fängt dort an, wo von den Entscheidungen gesellschaftliche Zustände und Menschen betroffen sind. Demokratie ist dann von Nöten, wenn betroffene Bürgerinnen und Bürger oder deren gewählte Vertreter über ihre Belange sachkundig selbst entscheiden.

Sachkundige Entscheidungen setzen Sachkunde voraus - Sachkunde, die man sich vortragen lassen kann. Ein Regionalparteitag tut also gut daran, sich die Entscheidungsvarianten in Fakten und Zielstellungen in Pro und Kontra von Leuten vortragen zu lassen, die sich mit der Materie eingehend beschäftigt haben. Ein-Minuten-Pro-Und-Kontra-Rituale sind kaum geeignet, einen Delegierten ins Bild zu setzen. Ein Delegierter sollte hellhörig werden, wenn außer Fakten und Argumenten persönliche Herabsetzungen und Angriffe verwendet werden.

Unter diesen Voraussetzungen erzielte Mehrheiten verhindern zwar immer noch nicht Fehlurteile vollständig, aber sie machen sie sehr, sehr unwahrscheinlich. Fehldeutungen des demokratischen Prinzips schaden unserer Partei. Sie führen dazu, dass

Kungelgruppen von Postenjägern, verantwortungslosen Besserwissern und Niveaulosen den Entscheidungsprozess bestimmen. Politische Bedeutungslosigkeit ist die Folge. Wie weit dies schon um sich gegriffen hat, darüber mache sich jeder sein eigenes Bild.

Das ist mein Standpunkt.

## Weihnachten - etwas anders

**U**nser Harry Nestler aus Flöha ist zurück! Nach seiner schweren Krankheit hat



er zurück gefunden zu seiner geliebten journalistischen Arbeit. Im folgenden seine Geschichte, die leider nur vom

Zeitpunkt her etwas mit Weihnachten zu tun hat.

In meiner näheren Umgebung, gelegen im zukünftigen Landkreis Mittelsachsen, befindet sich eine Stätte, in der antifaschistische Widerstandskämpfer inhaftiert waren, gefoltert und vernichtet wurden.

Ich war oft dort, wenn es darum ging, diese Stätte zu besuchen und dort symbolisch den hingebungsvollen Kampf aller deutschen Antifaschisten zu ehren, der nicht umsonst war.

Ich spreche vom Konzentrationslager im Fabrikgebäude der ehemaligen Spinnerei in Sachsenburg bei Frankenberg im Landkreis Mittweida. Dort sprang am ersten Weihnachtsfeiertag 1935 in den Morgenstunden ein Häftling aus der Reihe der zum Waschen angestellten Lagerinsassen aus dem Fenster im vierten Stock.

Sofort wurde Alarm gegeben. In diesem Falle mussten sich alle Häftlinge an ihrer Bettstelle aufstellen. In der Weihnachtszeit 1935 gab es in Sachsenburg etwa 2000 Häftlinge. Ein Posten der SA erschoss den Häftling, wieder einer mehr, der „auf der Flucht erschossen“ wurde. Nach dem Vorfall erklärte ein

Fortsetzung auf Seite -12 -

## Ortsverbände der LINKEN vorgestellt: Leisnig (Landkreis Döbeln)

Mit diesem Beitrag von **Dieter Kunadt**, **Vorsitzendem der Ortsgruppe Leisnig der LINKEN**, eröffnen wir eine Serie, in der wir alle 21 Ortsverbände unseres Regionalverbandes vorstellen. Im Ortsverband Leisnig sind 40 Genossinnen und Genossen organisiert.



Der Vorsitzende des Ortsverbandes Leisnig der LINKEN Dieter Kunadt

Unsere Ortsgruppe besteht bereits seit Anfang der 90er Jahre, nachdem sich die Basisgruppen der PDS Leisnig zusammengeschlossen hatten, um eine effektivere politische Arbeit zu organisieren. In unserer Gruppe sind Genossinnen und Genossen mit Wohnsitz in der Stadt Leisnig, deren Ortsteilen, umliegenden Gemeinden als auch aus Ortsteilen der Stadt Hartha vereint. Die Letztgenannten sind bereits seit vielen Jahren bei uns mit aktiv, weil sie die kontinuierliche Arbeit der PDS /Die Linke. in unserer Stadt zu schätzen wissen. Somit sind wir 40 Mitglieder unserer Partei, die aus ihren Reihen einen Vorstand gewählt haben, der aus 5 Genossinnen und 4 Genossen besteht. Seit Anbeginn an führen wir mit Ausnahme der Monate Juli und August monatlich unsere Vorstandssitzung durch, bei der fast immer alle Leitungsmitglieder anwesend sind. Darüber hinaus nehmen an unseren Leitungssitzungen die Mitglieder unserer Stadtratsfraktion teil, die nicht zugleich Vorstandsmitglieder sind, sowie unsere beiden Kreisräte. In diesem Gremium diskutieren wir die aktuellen Fragen des politischen Tagesgeschehens, behandeln wichtige Fragen der Parteiarbeit, bereiten Infostände, Presseartikel vor und da die Sitzungen immer vor

den Stadtratssitzungen stattfinden, können wir in großer Breite unseren Standpunkt zu den jeweiligen Vorlage diskutieren.

Neben vielfältigen individuellen Gesprächen der Leitungsmitglieder mit unseren Genossinnen und Genossen führen wir einmal im Quartal eine ansprechende Mitgliederversammlung durch. Dabei hat es sich zur Tradition entwickelt, dass wir uns ein-bis zweimal im Jahr Gäste einladen. In diesem Jahr waren Gesine Löttsch und Rico Gebhardt unsere Gäste.

Auch thematische Mitgliederversammlungen, die wir mit einer Exkursion verbinden gehören bei uns zur guten Tradition. So führten wir Pilzexkursionen durch, besichtigten mit dem Historiker Prof. Peter Rentsch das Kloster Buch oder führten, wie erst vor einem Monat, eine Diskussion zu aktuellen Fragen der Landwirtschaft durch und besichtigten dabei die Biogasanlage in Westewitz.

Seit den letzten Wahlen zum Stadtrat konnten wir unseren Stimmanteil auf über 26 % steigern, stellen jetzt mit 5 (vorher 3) Stadträten die zweitstärkste Fraktion in unserer Stadt.

Unser Fraktionsmitglied, die parteilose Ärztin Elgine Tue de la Cruz wurde als zweiter stellvertretender Bürgermeister gewählt und ist zugleich eine unserer beiden Kreisräte.

Durch unsere sachbezogene, konstruktiv-kritische Arbeit haben wir uns im Stadtrat

### Stichwort: Leisnig

Kleinstadt an der Freiburger Mulde im Landkreis Döbeln mit insgesamt 12 Ortsteilen.

Verkehrsgünstig gelegen an der Autobahn A 14.

6.854 Einwohner (per 31.12.2006)

161 Meter über NN

Bereits 1046 urkundlich erwähnt.

Wahrzeichen der Stadt: die 1.000 Jahre alte Burg Mildenstein, in der auch der Leisniger Riesenstiefel ausgestellt ist.

Jugendzentrum in Leisnig. Gemeinsam mit unserem Landtagsabgeordneten Heiko Hilker unterstützen wir die jungen Leute. So haben wir z.B. eine Fahrt in den Bundestag mit ihnen organisiert, haben als Fraktion für den Ausbau des AJZ gespendet und unterstützen sie auch anderweitig.

Großen Wert legen wir auf ein vernünftiges Verhältnis zu den Leisniger Redakteuren der Döbelner Allgemeinen Zeitung und des Döbelner Anzeigers (Ableger der Leipziger Volkszeitung bzw. der Sächsischen Zeitung). Dadurch wurde nahezu alles, was wir bisher zur Presse gaben auch veröffentlicht.

Natürlich haben auch wir viele Dinge, die uns nicht befriedigen, uns Sorgen bereiten. Das ist in erster Linie die Tatsache, dass wir trotz Bemühen, viel zu wenig junge Leute



Das Wahrzeichen der Kleinstadt Leisnig - Burg Mildenstein auf steilem Fels hoch über der Freiburger Mulde

Achtung verschafft, woran jeder von uns, besonders aber unser Fraktionsvorsitzender Genosse Jürgen Müller, hohen Anteil hat.

Engen Kontakt pflegen wir zum Alternativen

für das aktive Mittun in unserer Partei gewinnen. Hier gilt es weitere, neue Wege zu beschreiten.

## Ortsverbände der LINKEN vorgestellt: Rochlitz (Landkreis Mittweida)

von **Walter Exner, Vorsitzender des Ortsverbandes Rochlitz**



Mit dem Regionalparteitag vom 27. Oktober 2007 ist aus den 3 Kreisverbänden der Region Mittelsachsen ein Regionalverband mit 950 Mitgliedern entstanden. Vor dem neugewählten Kreisvorstand und den Ortsvorständen steht nun die Aufgabe die Arbeit so zu organisieren, dass wir schnell zu einer wirkungsvollen Arbeit kommen und uns die kleinen Ortsverbände nicht verloren gehen, wie das 1990 schon passiert ist und wie das im Zusammenhang mit der Kreisre-

kongress der I. Internationale „Einen Erfolg besitzt sie die Zahl. Aber Zahlen fallen nur dann in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.“ Und genau um eine solche Kombination geht es im Regionalverband, um das Zusammenwirken überschaubar zu organisieren und effektiv zu gestalten. Unsere Landessatzung sieht die Gliederung der Kreisverbände in Ortsverbände vor, die wiederum in Basisgruppen gegliedert werden können. Wir halten eine solche Struktur für zweckmäßig und empfehlen den kleineren Ortsverbänden, sich größeren Ortsverbänden als Basisgruppen anzuschließen. Das erleichtert ihre Arbeit, vereinfacht die Anleitung, die Vermittlung der notwendigen Kenntnisse und erhält dabei eine relative Selbständigkeit der Gruppen im jeweiligen Territorium.

Im Ortsverband Rochlitz bestehen gegenwärtig 4 Basisgruppen, in denen insgesamt 58 Mitglieder organisiert sind. Die Basisgruppen sind bereits am Anfang der neunziger Jahre aus den ehemaligen Parteiorganisationen der Wohngebiete unserer Stadt und aus denen der umliegenden Dörfer entstanden. Die Arbeit in den Gruppen hat sich nach unserer Meinung bewährt. Sie gestalten ihre Arbeit selbständig und kommen in der Regel monatlich zu

### Stichwort: Rochlitz

Große Kreisstadt an der Zwickauer Mulde im Landkreis Mittweida mit 6 Ortsteilen.

6.616 Einwohner (per 31. Dezember 2006)

163 Meter über NN

Bekannt durch den Rochlitzer Berg und den Porphyrabbau.

Um 1200 als Reichsstadt gegründet.

Wahrzeichen von Rochlitz ist das Schloss, welches sich aus der in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts entstandenen Reichsburg, die 1143 in den Besitz der Wettiner kam, entwickelte.

Sie legen die Termine für die Zusammenkünfte fest, so dass möglichst viele Mitglieder daran teilnehmen können. So kommt die Basisgruppe mit den vorwiegend älteren Genossinnen und Genossen eben nachmittags zusammen und die Gruppen, aus denen Mitglieder noch berufstätig sind, abends. Die Beteiligung an den Zusammenkünften liegt meist zwischen 60 und 70%. In der letzten Versammlung der Basisgruppe 2, in der wir den 1. Regionalparteitag auswerteten, waren von 24 Mitgliedern sogar 20 anwesend. Von den Basisgruppen wurden bisher die Mitgliedsbeiträge und Beiträge für die Europäische Linke kassiert, soweit von den Mitgliedern noch keine Einzugsberechtigung erteilt wurde, und beim Ortsvorstand abgerechnet.

Der Ortsvorstand stellte die Gesamtabrechnung zusammen, überwies das Geld auf das Konto des Kreisvorstandes und schickte die Abrechnungslisten in die Kreisgeschäftsstelle. Die Spenden der Mitglieder und Sympathisanten wurden ebenso behandelt.

Die Vorsitzenden der Basisgruppen oder deren Stellvertreter wurden in den Ortsvorstand gewählt, der aus dem Vorsitzenden und 7 Mitgliedern besteht.

Der Ortsvorstand kommt monatlich zusammen. Termine und Themen für die Beratungen sind in einem Plan festgelegt, der jeweils für ein Halbjahr erarbeitet und vom Vorstand beschlossen wird. Wir lassen uns natürlich die Möglichkeit offen, auf aktuelle Probleme und Ereignisse entsprechend zu reagieren.

Zu den Vorstandssitzungen wird auch das Mitglied unseres Ortsverbandes



Das Wahrzeichen von Rochlitz - das mächtige Schloss über der Zwickauer Mulde; die Eisenbahnbrücke der ehemaligen Muldentalbahn dient leider nur noch als Kulisse

form 1994 teilweise wieder eingetreten war.

Karl Marx schrieb 1864 in seiner Inauguraladresse an den Gründungs-

Mitgliederversammlungen zusammen, wenn nicht entsprechend der Satzung Gesamtmitgliederversammlungen des Ortsverbandes erforderlich werden.

## Die Kreis- und Verwaltungsreform in Sachsen

eingeladen, dass in den Kreis- bzw. Regionalvorstand gewählt wurde, wodurch die notwendige Information gewährleistet werden kann.

Einen Schwerpunkt in der Arbeit des Vorstandes bildet die mit unseren 5 Abgeordneten. im Stadtrat von Rochlitz und den je 2 Gemeinderäten in Zettlitz und Wechselburg. Wir beraten uns mit ihnen z.B. zu den Haushaltplänen sowie weiteren Schwerpunkten der Kommunalpolitik wie Stadtсанierung, Stadtumbau Ost, Anwendung des Kommunalabgabegesetzes u.ä. Wir werten aber auch die Beratungen mit dem Kommunalpolitischen Forum, den Bürgerinitiativen und den Mitgliedern des Landtages aus. Als Vorsitzender des Ortsvorstandes nehme ich auch oft an Fraktionssitzungen teil.

Wir würden es begrüßen, wenn vom Vorstand des Regionalverbandes eine Arbeitsgruppe Kommunalpolitik ins Leben gerufen würde, wie sie im Kreis Mittweida bereits einmal bestand und für die Koordinierung der Arbeit verantwortlich war.

Eine gute Grundlage für unsere Arbeit bildet unsere Geschäftsstelle, die ursprünglich ein Rest der alten Kreisleitung war und nach mehrmaligen Umziehen jetzt Räume ganz in der Nähe des Marktes gefunden hat. Wir nutzen die Fenster

für die Agitation und bemühen uns um eine aktuelle Gestaltung so etwa aller 4 Wochen. In der Geschäftsstelle führen wir die Vorstands- und Fraktionssitzungen durch, laden Bürger zu Gesprächsrunden ein und führen einmal in der Woche Sprechstunden durch. Auch wird die Geschäftsstelle wird mehr und mehr zum Anlaufpunkt für die Bürger der Stadt.

Das neue Jahr stellt auch uns neue Aufgaben und die alten Aufgaben neu. In Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008 und 2009 sehen wir einen Schwerpunkt unserer vor allem in der Gewinnung von Kandidaten für die Räte in der Stadt Rochlitz und den Gemeinden Wechselburg, Zettlitz und Königsfeld. Wir haben damit begonnen und für die Stadt Rochlitz die ersten Bereitschaftserklärungen erhalten. Außerdem steht auch vor uns die Aufgabe, auf der Grundlage der vom Landesvorstand zu erarbeitenden und mit den Kreisverbänden zu diskutierenden Eckpfeilern eigene Kommunalwahlprogramme zu erarbeiten.

**S**ie bewegt die Gemüter wie kaum eine andere Entscheidung in der sächsischen Landespolitik - die vorgesehene Kreis- und Verwaltungsreform im Freistaat. Nach Auffassung der Regierung handelt es sich immerhin um das wichtigste Reformwerk seit 1990. Letztlich haben sich auch die drei ehemaligen Kreisverbände Döbeln, Freiberg und Mittweida der LINKEN dazu entschlossen, den Tatsachen ins Auge zu sehen und sich als Partei bereits ab 27. Oktober in den vorgesehenen neuen Strukturen zu bewegen und sich der neuen Lage anzupassen - und die heißt nun einmal, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit ab 01. Juli 2008 einen neuen Großkreis „Mittelsachsen“ (oder „Freiberg“) mit der Kreisstadt Freiberg geben wird, dessen Landrat und dessen Kreistag am 08. Juni 2008 gewählt werden sollen. Das es sich dabei nach der Auffassung der Koordinierungsgruppe nicht um vorauseilenden Gehorsam, sondern um Einsicht in die Notwendigkeit handelte, keine Zeit zu verlieren, war schon mehrfach erläutert worden. Um unseren Lesern Zusammenhänge der Kreis- und Verwaltungsreform deutlich zu machen und dabei besonders die Haltung der Landtagsfraktion der LINKEN in Dresden zu beleuchten, veröffentlichten wir den folgenden redaktionellen Artikel.

dann 3,9 bis 4 Millionen Einwohner reduzieren.

- Der Rückgang der Einwohnerzahl verringert auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte.
- Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte steigen aufgrund der Alterung der Bevölkerung an.
- Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte reduzieren sich weiter durch das Auslaufen des Solidarpaktes II und durch die Verringerung der Mittel aus den Strukturfonds der EU.

Diese Tatsachen werden noch verschärft durch eine seit Anfang der neunziger Jahre diskutierte unbefriedigende Behördenstruktur.

Im landläufigen Sinne wird die vorgesehene Kreis- und Verwaltungsreform oft zur „Kreisgebietsreform“ verkürzt. Aber die überwiegende Mehrheit der Landräte und Landkreise ist nur deshalb bereit, dem vorliegenden umfangreichen Reformpaket zuzustimmen, da es angeblich dem im Artikel 85 der Sächsischen Verfassung enthaltenen Gebot zur Kommunalisierung entspreche. Das aber begründet den entscheidenden Grundsatz, dass eine Gebietsreform immer mit einer Funktionalreform verbunden sein muss.

Deshalb auch wird das vorgelegte Paket



Gewichtige Rolle im neuen Kreis - die Hochschulstadt Mittweida

**K**ommunale Funktional- und Gebietsreformen im Osten Deutschlands sind aus der Not geboren - Fachleute sprechen von Knappheitsreformen, die sich vor allem aus der demografischen und finanziellen Entwicklung bis 2020 ableiten.

Dazu einige Tatsachen aus Sachsen:

- Die Einwohnerzahl wird sich bis 2020 nochmals beträchtlich auf

vondersächsischen Landesregierung als „ein untrennbares Gesamtreformpaket“ verkauft. Dessen vier Säulen, die „zueinander eine Vielzahl von Verknüpfungen und Interdependenzen“ aufweisen, sind:

- die Gebietsneugliederung
- die Verwaltungsneuordnung
- der Personalübergang
- der Mehrbelastungsausgleich

## Die Kreis- und Verwaltungsreform in Sachsen und die Haltung der LINKEN dazu

Zur vorgesehenen Gebietsneugliederung sind die Fakten eigentlich bekannt. Der Freistaat Sachsen soll sich ab Juli 2008 in zehn Landkreisen und drei kreisfreien Städten gliedern, darunter der Landkreis „Mittelsachsen“ (oder „Freiberg“).

Viel weniger im Mittelpunkt der Diskussion sind die übrigen „Säulen“ des Reformpakets, die alle mit den so genannten „Übertragungs-Aufgaben“ zusammenhängen. Dabei wird geprüft, welche der folgenden wichtigen Aufgabenbereiche an die neuen Landkreise zu übertragen sind:

- Denkmalpflege
- Landwirtschaftsämter
- Landesjugendamt
- Sachsenforst

sollen.

Der Druck auf den Innenausschuss des Landtages, der in letzter Zeit fast permanent tagte, verstärkte sich. Durch drei zusätzliche Beratungen am 19. Dezember sowie am 03. und 05. Januar soll das riesige Paket neuer Gesetzesbegründungen der Regierung durchgepeitscht werden. Dazu gibt es die vielfältigen Forderungen nach Veränderungen seitens der Opposition.

**D**urch die Linksfraktion im sächsischen Landtag wurde Mitte November die Vorbereitung einer Verfassungsklage zur anstehenden Verwaltungs- und Kreisreform angekündigt. Wie der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag, André Hahn ausführte, hat die Linksfraktion dazu ein

so schnell wie möglich der Sächsische Verfassungsgerichtshof angerufen. Die Neuwahl von Landräten und Kreistagen auf der Grundlage verfassungsrechtlich zweifelhafter Gesetze und damit der Gefahr einer Wahlwiederholung könne den Bürgerinnen und Bürgern nicht zugemutet werden.

Für die Linksfraktion im Landtag ist der vorgeschobene Sachzwang der Koalition, dass der Termin der Kreiswahlen unbedingt im Juni 2008 liegen muss, nicht akzeptabel.

Ausdrücklich begrüßt es die Linksfraktion, dass sich zwischenzeitlich auch die Grünen und die FDP kritisch zur Frage der Verfassungskonformität der Kreis- und Verwaltungsreform äußern.

**N**eben der Vorbereitung der Verfassungsklage hat die Linksfraktion im Landtag Änderungsanträge zur Kreis- und Verwaltungsreform auf den Weg gebracht. Dabei geht sie davon aus, dass diese Gegenstand eines geordneten parlamentarischen Verfahrens sein sollen, welches auch Bestand vor dem Verfassungsgerichtshof in Leipzig haben wird.

Unabhängige Voraussetzung dafür ist die tatsächliche Bereitschaft der Koalitionsfraktionen, das „Gesamtreformpaket“ noch einmal aufzuschnüren.

Dabei sollte nach Auffassung der Fraktion der LINKEN auf die wichtigen Hinweise der Experten-Anhörung einerseits und die Änderungsanträge der Oppositionsparteien andererseits konstruktiv eingegangen werden.

**D**ie „LinksWorte“ dokumentieren im folgenden die Änderungsvorschläge der Linksfraktion zum Entwurf des Kreisgebietsneuordnungsgesetzes und des Verwaltungsneuordnungsgesetzes. (die Vorschläge sind redaktionell sinnentprechend gekürzt) Dabei spielte die Auswertung der vom 01. bis 07. September im Landtag durchgeführten Anhörung zum Gesamtkomplex der Kreis- und Verwaltungsreform für die Fraktion der LINKEN eine wichtige Rolle.

### Änderungsvorschläge zum Entwurf des Kreisgebietsneuordnungsgesetzes

- Das Quorum für Bürgerbegehren soll per Gesetz einheitlich auf fünf Prozent höchstens jedoch auf 10.000 Bürger des Landkreises herabgesetzt werden. Die gegenwärtig in der Landkreisordnung vorgesehene freiwillige Regelung würde in vielen Fällen angesichts



Wird nach Lage der Dinge „Hauptstadt“ des neuen Kreises - Freiberg  
Auf unserem Foto der historische Untermarkt mit dem Dom

- Straßenbauverwaltung
- Umweltverwaltung
- Vermessungswesen

Inzwischen mehren sich Kritiken, dass das Gesetz im Juni zu spät in den Landtag eingebracht wurde und somit unnötig Zeitdruck provoziert wurde.

Nachdem bereits einmal der Dezember im Gespräch war, wann die entsprechenden Gesetzentwürfe der Koalition in den Landtag eingebracht werden sollten, spricht man jetzt von Mitte Januar, wenn alles in Sack und Tüten sein und vom Landtag beschlossen werden soll. Dazu hat gegenwärtig ein hektischer Endspurt zur Neuordnung der Verwaltung und der Kreisgrenzen eingesetzt. Selbst die Grünen sprechen vom „Schweinsgalopp“, in dem die Reformen durchgepeitscht werden

Gutachten in Auftrag gegeben, um die Aussichten einer Verfassungsklage gegen die geplante Kreis- und Verwaltungsreform festzustellen. „Wir machen ernst mit unserer Ankündigung, die Kreis- und Verwaltungsreform auf den verfassungsrechtlichen Prüfstand zu stellen“, so Hahn.

Die LINKE verfügt im Landtag als einzige der Oppositionsparteien mit 31 über die notwendige Zahl von Abgeordneten für die Einreichung einer so genannten Normenkontrollklage. Über diese kann aber erst entschieden werden, wenn die entsprechenden Gesetzentwürfe der Koalition den Landtag passiert haben.

Sollten die gravierenden Bedenken der Linksfraktion in den abschließenden Parlamentenberatungen nicht ausgeräumt werden, werde im nächsten Jahr

## Kreis- und Verwaltungsreform

der Bevölkerungsstärke der künftigen Landkreise Bürgerbegehren und Bürgerentscheide unmöglich machen.

- Das überproportionale Absenken der Größe der künftigen Kreistage soll im Interesse einer angemessenen Mandatsdichte und der demokratischen Repräsentanz der Bevölkerung verhindert werden. Insbesondere soll der Automatismus der zwangsläufigen Verkleinerung der Kreistage nach der übernächsten Kreistagswahl beseitigt werden.
- Der „Vogtländische Weg“ einer freiwilligen Verwaltungskooperation zwischen der Kreisfreien Stadt Plauen und dem Vogtlandkreis wird im Sinne eines Modellprojekts ermöglicht. Nach 5 Jahren wird dieses Modellprojekt evaluiert. Falls sich dieses Projekt wider Erwarten nicht bewähren sollte, ist immer noch eine Einordnung von Plauen in den Vogtlandkreis möglich. Andernfalls ist eine Übertragung der Erfahrungen aus dem „Vogtländischen Weg“ auf die Neuordnung der Kreis-Umland-Beziehungen anderer Kreisfreier Städte vorzunehmen.
- Bürgermeister sollen künftig nicht mehr dem Kreistag angegehören dürfen. Auf diese Weise werden so genannte Bürgermeisterfraktionen ausgeschlossen, welche die Repräsentanz anderer gesellschaftlicher Gruppen bereits jetzt an den Rand drängen.
- Die Arbeitsfähigkeit der künftigen Kreistagsfraktionen soll durch die gesetzlich verankerte Bereitstellung finanzieller Mittel in angemessener Höhe im Kreishaushalt gewährleistet sein. Die Kreistagsfraktionen sollen in Analogie zu den kreisfreien Städten in die Lage versetzt werden, hauptamtliche Assistenzkräfte in Vollzeit oder Teilzeit einzustellen und über ausreichende Sachmittel verfügen.
- In allen künftigen Landkreisen soll es hauptamtliche Gleichstellungs-, Ausländer- und Behindertenbeauftragte geben; in den Landkreisen Bautzen und Görlitz außerdem hauptamtliche Sorbenbeauftragte.
- Der endgültige Kreissitz soll durch die künftigen Kreistage innerhalb eines Jahres mit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Kreistages beschlossen werden können. Der zunächst vom Landtag festzulegende Sitz des Kreises soll damit in begründeten Ausnahmefällen im Interesse der gemeinsamen Identität des neuen Landkreises auch

wieder verändert werden können.

- Der künftige Kreistag als Souverän entscheidet über die zukünftige Struktur der Sparkassenträgerschaft. Dabei sind unterschiedliche Träger in einem Landkreis möglich. Jegliche Ziel- oder Terminvorgaben, sich der Sachsen-Finanzgruppe anzuschließen, entfallen.

### Änderungsvorschläge zum Entwurf des Verwaltungsneuordnungsgesetzes

- Es wird ein genereller Schutz aller von den Neuordnungsmaßnahmen und von Kreisfusionen betroffenen Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen für zehn Jahre in das Gesetz aufgenommen. Damit die gegenwärtig vorgeschlagene Regelung von drei Jahren grundlegend erweitert und gleichzeitig klargestellt, dass es zu keiner Zwei-Klassen-Gesellschaft zwischen den jetzt noch in staatlichen Behörden Beschäftigten, die in die Landkreise und Kreisfreien Städte gehen, und den in den Kommunen Beschäftigten kommt.
- Anstelle des per Gesetzes vorgesehenen Gesetzes des Personalübergangs wird angeregt, auf der Grundlage der vom ver.di Landesbezirk Sachsen vorgelegten Eckpunkte einen Tarifvertrag zwischen den Tarifpartnern auszuhandeln. Streitpunkte sollte eine paritätisch besetzte Schlichtungsstelle entscheiden.
- Das sächsische Landesamt für Denkmalpflege soll nicht kommunalisiert werden, sondern als eigenständige Fachbehörde erhalten bleiben.
- Der erst vor kurzem gebildete Staatsbetrieb Sachsenforst soll nicht teilkommunalisiert werden, sondern ohne Veränderung erhalten bleiben.
- Die einheitliche Umweltverwaltung soll nicht zerschlagen, d.h. die dort vorhandene hohe Fachkompetenz nicht gesplittet werden.
- Das Landesamt für Familie und Soziales soll nicht auf die Landkreise und den Sozialverband (pseudo) kommunalisiert werden.
- Die Aufgaben der Bildungsagenturen sind dagegen zu kommunalisieren, wobei für die Schulpsychologen ein gemeinsamer zentraler Stellenpool zu schaffen ist. Solange letzteres nicht geschehen ist, dürfen die Schulpsychologen keinesfalls kommunalisiert werden.

## Programmdiskussion

**M**it dieser Ausgabe der „LinksWorte“ beginnen wir mit einem Artikel unseres Redaktionsmitglieds Michael Matthes die Diskussion unserer programmatischen Vorbereitung auf die Wahlen im Juni 2008. Wir rufen alle unsere Leserinnen und Leser, die Ortsverbände und Basisgruppen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Am Schluss des Artikels sind die Kontakte angegeben, unter denen man sich an der Diskussion beteiligen und der Programmkommission Futter für ihre Arbeit liefern kann.

**D**er Vorstand des Regionalverbandes Döbeln – Freiberg – Mittweida beschloss in seiner ersten und konstituierenden Sitzung die Bildung einer Programmkommission zur Weiterarbeit an den Kommunalen Leitlinien. Der Programmkommission fällt die Aufgabe zu, ausgehend von den zum „Gründungsparteitag“ vorgelegten Kommunalen Leitlinien ein Wahlprogramm für die Kommunalwahlen, die wahrscheinlich im Juni 2008 stattfinden werden, beschlussreif vorzulegen. Die Zeitabläufe bis zur Kommunalwahl zwingen zu konzentrierter Arbeit. Es stellt sich die Frage, was überhaupt noch in der zur Verfügung stehenden Zeit zu erreichen ist.

Ein Wahlprogramm, mit dem der Regionalverband einigermaßen erfolgreich die Kommunalwahlen gestalten kann, muss ohne Abstriche in den Orts- und Gebietsverbänden vorgestellt, redigiert und vorabgestimmt sein. Schließlich kann der Regionalparteitag das Wahlprogramm in seiner Gänze lediglich beschließen oder ablehnen. Sonst bestünde die Gefahr, der Parteitag ginge in einer Schwemme von Änderungsanträgen, Für- und Widerreden unter und würde zu einer Mitternachtsveranstaltung ohne ein vertretbares Ergebnis. Realistisch betrachtet ist in dem verbleibenden halben Jahr kein Wunder zu erreichen. Das Aufstellen des Programmes ist schließlich nicht alles. Dem Vorstand und den Orts- und Gebietsverbänden fällt zudem noch die nicht ganz einfache Aufgabe zu, die Kandidatenaufstellung zu organisieren und Kandidaten zu gewinnen. Es rächt sich, dass im Vorfeld der Bildung des Regionalverbandes diesen Themen nicht die nötige Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Es lohnt sich sicher, ein paar grundlegende Betrachtungen zum Thema anzustellen. Schließlich bewegen wir uns in



## Programmkommission und Wahlprogramm

einem Umfeld gleichlaufender Bestrebungen. Ausgehend von den Beschlüssen der Landtagsfraktion zu Fragen der Regierungsfähigkeit und dem Für und Wider der Regierungsübernahme müssen die Zielstellungen der Wahlvorbereitung betrachtet werden. Unter den gegebenen Umständen der Parteienlandschaft in Sachsen (insbesondere der selbstverschuldeten Schwäche der SPD), lassen sich in den Parlamenten sowohl auf Kreisebene als auch auf Landesebene Ziele linker Politik nur erreichen, wenn DIE LINKE Fraktionen mit überzeugender Mehrheit bilden kann. Ansonsten werden die linken Fraktionen niedergestimmt. Vor dieser Logik kann sich DIE LINKE nicht drücken.

Man mag an der Realisierbarkeit zweifeln, doch dahinter verbirgt sich die Frage: Wollen wir linke Ziele gesellschaftliche Wirklichkeit werden lassen oder wollen wir das nicht? Dazu muss man sich entscheiden. Dr. André Hahn schreibt in SO! Nr. 12 Seite 3: „Aus Sicht der Fraktion muss DIE LINKE in Sachsen bei der kommenden Landtagswahl darum kämpfen, selbst so stark wie irgend möglich zu werden, damit ohne uns keine wirklich handlungsfähige Regierung gebildet werden kann.“ Und weiter: „Von unserem Abschneiden bei den Kreistags-, Landrats- und Bürgermeisterwahlen wird es maßgeblich abhängen, ob wir dann auch bei den Wahlen zum 5. Sächsischen Landtag erfolgreich sein können.“ Jeder, der dies liest, kann sich selbst eine Mehrheitsprozentzahl vorstellen. Vermutlich scheut sich selbst André Hahn, eine Zahl zu nennen. Doch - wer Zielstellungen DER LINKEN in die gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen will, muss die politische Macht dazu haben. In der gegenwärtigen Situation bedeutet das, DIE LINKE muss überwältigende Mehrheiten erreichen. Nun, es ist schon so - Wir müssen durch die Schallmauer oder wir können es gleich sein lassen.

Bei den Wahlen zu den Döbelner, Freiburger und Mittweidaer Kreistagen im Jahre 2004 gab es Wahlergebnisse um die zwanzig Prozent. Dazu traten die damaligen Kreisverbände mit Programmen an, deren kleinster „gemeinsamer Nenner“ die nunmehr vorliegenden „Kommunalen Leitlinien des Regionalverbandes Döbeln - Freiberg - Mittweida DER LINKEN“ darstellen. Es gibt keinen Anlass zu der Annahme, dass diese in den „Leitlinien“ formulierten politischen Ziele und das Erscheinungsbild

DER LINKEN im Wahljahr 2008 mehr Wähler veranlassen, unsere Partei zu wählen. Schlussfolgerung daraus ist, die Gestaltungskraft DER LINKEN in den nächsten kommunalen Parlamenten und im Landtag verändert sich gegenüber dem heutigen Zustand nicht. Daran ändert auch nichts dieser oder jener Prozentpunkt von Wählern, die nach dem Vereinigungsjahr 2007 Hoffnungen auf einen Aufbruch DER LINKEN setzen. Auch heutige Umfragewerte mit zurzeit für DIE LINKEN günstigen Prognosen verweht der Wind am Wahltag. Denn DIE LINKEN

den weiter „Einsichten in die Notwendigkeiten“ zeigen. Aber machen wir uns nichts vor: Der Bürger und Wähler akzeptiert dies nicht. René Nitschke formuliert das in einem Leserbrief (SO! Nr. 12, Seite 4) folgendermaßen: „Realpolitik zielt nicht auf die Lebenswirklichkeit der Bürger, sondern auf die Realität der Funktionsweise des parteipolitischen und parlamentarischen Systems. Dass die Realpolitik oft im deutlichen Missverhältnis zur Lebensqualität steht, zeigen die Zustände.“ Weihnachtsbeihilfen für Mitbürger, die es nötig haben,



An diesem Tag begann die Programmdiskussion - Juli-Beratung der drei Kreisverbände in Döbeln

können nur einen Fehler begehen: Sie enttäuschen die Hoffnungen der Bürger auf Veränderungen in ihrem täglichen Leben.

Mitglieder des Regionalverbandes Döbeln - Freiberg - Mittweida müssen sich bei der Vorbereitung des Wahljahres 2008 (Kreistag, Landrat und Bürgermeister) und des Wahljahres 2009 (Landtag, Bundestag und Europaparlament) entscheiden, ob die politische Realität des gegenwärtigen Zustandes fortbesteht oder ob man daran etwas ändern kann und will. Unsere „Mandatsträger“ in den kommunalen Parlamenten wissen genau und im Detail, an welche Grenzen sie bei ihrem Einsatz für die linke Sache stoßen. Die Beispiele dafür sind Legion. Und man kann ihnen da sicher nicht widersprechen. Die politische Realität ist so gestrickt, dass der „Kommunalen Selbstverwaltung“ Handschellen angelegt worden sind. Wenn wir - DIE LINKEN - diese politische Realität anerkennen, sind wir Teil dieser politischen Realität geworden und wer-

und deren Kinder schließt die realpolitische Vernunft aus.

Alternativen - das Durchbrechen der Schallmauer - erschließen sich nicht sofort. Aber wir haben in unseren Reihen Genossinnen und Genossen (im neuen Landkreis Mittelsachsen sind es nur wenig unter Tausend) die eine andere gesellschaftliche Wirklichkeit und deren Ergebnisse kennen. Der Autor dieser Zeilen appelliert an die Erfahrungen der Mitglieder unserer Partei über Vierzig und versucht einige Ansätze zur Diskussion.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands war stolz auf ihre programmatische Grundlage - eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung und Gesellschaftslehre. Lassen wir mal die Diktatur des Proletariats beiseite, so war es trotz aller Fehler und Dogmen eine Lehre für die gesamte Gesellschaft. Hier zeigt sich ein gedanklicher Ansatz für DIE LINKE. Lasst uns keine Klientelpartei für Rote Socken sein. Sondern eine Partei, die ihre Ideologie zwar nicht

verleugnet, aber sie auch nicht vor sich her trägt und jedem erst ein Bekenntnis abverlangt. Lasst uns offen sein für eine Beteiligung der Bürger. Das würde uns schon mal von allen übrigen Parteien unterscheiden.

Auf dieser Basis hätten wir Zugang zu allen zum Engagement willigen Bürgern, die sich abgewandt haben von den Postenverteilungszirkeln, die als politische Parteien auftreten. Nun wird es so sein, dass man Bürgerinnen und Bürger, nämlich Wählerinnen und Wähler, nicht für das ganze Programm unserer Partei begeistern kann. Für einzelne Projekte schon, wenn es sich um Dinge handelt, die den Leuten unter den Nägeln brennen.

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit und die richtigen Prioritäten lohnt es sich über Folgendes nachzudenken:

- Ein Gesundheitswesen, in dem jede Bürgerin und jeder Bürger wieder einen Arzt mit bedarfsgerechtem Terminangebot findet, in dem jedem eine gesundheitsgerechte Gleichbehandlung zuteil wird, in dem auch die Ärzte wieder Ärzte und nicht Kleinunternehmer und Erfüllungsgehilfen einer verfehlten Gesundheitspolitik sein können und nicht die Krankheit eine Ware sondern die Gesundheit ein menschlicher und sozialer Wert sind.
- Ein Bildungssystem des 21. Jahrhunderts, in dem die Kinder und Jugendlichen zu gebildeten Persönlichkeiten heranwachsen, in dem kein Hürdenlauf durch die Schulformgliederungen stattfindet, wobei die meisten mit ihren Talenten auf der Strecke bleiben (es gibt keine bildungsfernen Kinder), in dem die Kinder und Jugendlichen einander unterstützend in einer menschlichen Gemeinschaft heranwachsen und in dem sowohl Jugendliche und Erwachsene eine lebenslange Unterstützung bei der Beherrschung der Probleme in einer sich ständig verändernden Welt finden. Sicher kommen dann finnische Bildungspolitiker wieder zu uns wie einst in die DDR, um sich

die Ergebnisse eines solchen Projekts anzuschauen.

- Eine Agentur für Arbeit, die diesen Namen verdient, die ihren „Kunden“ einen Arbeitsvertrag anbietet und die Willigen befähigt, Arbeit zum ersten Bedürfnis eines menschenwürdigen Daseins werden zu lassen.
- Eine Verkehrsinfrastruktur, die bei immer teurer werdenden Individualverkehr eine Chance bietet, mit einem öffentlichen Verkehrsmittel die Standorte der Berufstätigkeit, der kommunalen und kulturellen Einrichtungen zu erreichen gestattet. Und das zu Preisen, die die Benutzung des Netzes möglich machen.
- Der Landkreis wurde geplant und erzwungen unter den Gesichtspunkten einer bürgerfernen Verwaltungsreform. Lasst uns den Landkreis zu einem Lebensraum gestalten, in dem die Bürger wieder weitgehend über ihre Belange selbst entscheiden.

Auf die Frage „Wie wollt ihr denn das machen, denn das geht ja alles gar nicht?“ gibt es nur eine Antwort: „Es gibt immer eine Alternative. Sie zu finden, sollst Du Dich an der Lösungsfindung beteiligen. Sie durchzusetzen, sollst Du kandidieren und Deine Wahlstimme einsetzen!“ Und dann noch zu einem anderen Ein-

wand: Auf die Vorgaben außerhalb unserer kommunalen Kompetenz müssen wir warten, bis der Vorstand und die Landtagsfraktion ihr Programm vorlegen. Aber zum einen können wir nicht warten, weil wir keine Zeit mehr dazu haben. Zum anderen ist die Zeit der Wahldirektiven von oben nach unten vorbei. Willensbildung von unten nach oben steht auf der Tagesordnung. Der Vorstand und die Fraktion werden sich kooperationswillig erweisen. Zu diesen grundlegenden Überlegungen sollten wir schnellstens zu einem mehrheitlich akzeptierten Standpunkt finden. Damit dies möglichst schnell, in einer allen zugänglichen Form und öffentlich geschieht, bleibt uns nur das möglicherweise nicht so vertraute Internet. Es wird auf der Internetseite [www.linkswoorte.de](http://www.linkswoorte.de) in Bälde ein Forum eingerichtet, auf der alle Meinungsäußerungen platziert werden. Schickt vorerst Eure Stellungnahmen, Meinungsäußerungen und Vorschläge an die unten angegebenen Adressen. Sie werden Grundlage für die Arbeit der Programmkommission sein.

**Zuschriften je nach postalischem oder elektronischem Wege bitte an folgende Adressen:**

**eMail:** [gum.matthes@t-online.de](mailto:gum.matthes@t-online.de) (Die Texte bitte als Dateianlage.)

**Fax:** 035209 - 22998

**Post:** Dr. Michael Matthes; Untere Dorfstr. 62; 09600 Halsbrücke OT Niederschöna



Zur Weihnachtsfeier der LINKEN Brand-Erbisdorf

## Eine Weihnachtsfeier der Linken in der Region Brand-Erbisdorf?

Von Bernd Spolwig

Am letzten Mittwoch (05.12.07) trafen sich etwa 20 Mitglieder der Region Brand-Erbisdorfinwunderschönegelegenen Rechenberg-Bienenmühle zu ihrer traditionellen Mitgliederversammlung im Dezember.

Natürlich traf man sich nicht nur, um Weihnachten zu feiern. Dazu gab's zu viele Probleme – sowohl in der großen Politik als auch im Ortsverband selbst.

Da wurde unter anderem von Prof. Reinhard Kluge die Entwicklung in der großen Weltpolitik angesprochen. Die zunehmende Aggressivität des Kapitals weltweit, die fehlende Weiterentwicklung der Politik in der Bundesrepublik und vor allem in Sachsen benötigen dringend linke Alternativen.

Sollte man sich deshalb an einer kommenden Regierung beteiligen? Wenn ja, unter welchen Bedingung? Dazu gab's sehr geteilte Meinungen. Die einen meinen, dass wir nur was bewirken können, wenn wir alle unsere Möglichkeiten in dieser Gesellschaft nutzen. Und da gehört nun einmal eine Regierungsbeteiligung dazu.

Andere wiederum verweisen auf Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wo Einiges im Argen liegt und wo die Linke ihre Chancen verspielt. Relativ einig war man sich jedoch, dass jedweder Versuch, dieses kapitalistische System von innen heraus zu verändern, nur ein Veratzen der Wunden bleiben wird.

Weiterer Fragen, die andiskutiert wurden: Wie kommen wir an neue Mitglieder und Sympathisanten ran? Wie können wir das riesige Wissenspotential unserer Mitglieder für eine politische Bildung nutzen?

Viele Fragen wurden angesprochen und müssen in den nächsten Wochen weiter diskutiert und beantwortet werden. Allzu lange darf man damit nicht mehr warten. Und deshalb gab man Mathias Schreiter, dem Chef des Regionalverbandes und stellvertretenden Kreisvorsitzenden mit auf den Weg, solche Diskussionen umgehend anzuregen – sowohl im in den einzelnen Basisgruppen als auch im Kreis. Und dann wurde doch noch „geweihschaftsfeiert“. Schade eigentlich, dass bei der interessanten Diskussion nur relativ wenige Mitglieder der Region dabei waren. Und trotzdem war es kein „Reinfall“!

## Unsere Jubilare

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Herta Opitz	geb. am	13.12. 1913	in	Penig
Luise Matthes	geb. am	13.12. 1920	in	St. Michaelis
Christa Haubold	geb. am	13.12. 1927	in	Hainichen
Margarete Lindig	geb. am	15.12. 1917	in	Frankenberg
Irmgard Junghannß	geb. am	16.12. 1922	in	Burgstädt
Margarete Semper	geb. am	16.12. 1924	in	Penig/OT Chursdorf
Anni Drechsel	geb. am	16.12. 1929	in	Flöha
Elsbeth Uhlig	geb. am	16.12. 1925	in	Flöha
Rolf Heinze	geb. am	16.12. 1937	in	Roßwein
Gertraud Heinrich	geb. am	16.12. 1926	in	Waldheim
Else Fischer	geb. am	17.12. 1909	in	Freiberg
Ilse Fehlisch	geb. am	17.12. 1919	in	Freiberg
Elfriede Buld	geb. am	18.12. 1922	in	Mühlau
Heinz Schützler	geb. am	21.12. 1919	in	Geringswalde
Otto Lorenz	geb. am	22.12. 1919	in	Lunzenau
Johanna Spieler	geb. am	25.12. 1913	in	Freiberg
Helga Hippe	geb. am	26.12. 1947	in	Döbeln
Hildegard Heintze	geb. am	26.12. 1925	in	Leisnig
Doris Proksch	geb. am	27.12. 1927	in	Frankenberg
Elisabeth Steinhoff	geb. am	28.12. 1924	in	Roßwein
Walter Kunze	geb. am	28.12. 1922	in	Hartha
Herbert Erler	geb. am	02.01. 1928	in	Mulda
Selma Hädrich	geb. am	03.01. 1925	in	Freiberg
Roland Hahn	geb. am	03.01. 1930	in	Freiberg
Hildegart Ulitze	geb. am	04.01. 1928	in	Waldheim
Gunter Weber	geb. am	05.01. 1931	in	Halsbrücke
Werner Meusel	geb. am	05.01. 1921	in	Lichtenberg
Gerda Werner	geb. am	10.01. 1923	in	Brand-Erbisdorf
Johannes Willkomm	geb. am	10.01. 1925	in	Halsbrücke/Tuttendorf
Kurt Heinrich	geb. am	13.01. 1920	in	Waldheim
Helga Klaus	geb. am	14.01. 1931	in	Freiberg

nachträglich gratulieren wir sehr herzlich:

Marga Franke aus Flöha, die am 17. November ihren Geburtstag feierte.



Er geht mit Optimismus ins neue Jahr. Trotz Großer Koalition, Hartz IV und Rente mit 67.  
Foto: Pixelio

## Zum Schmunzeln

**A**ufgabe der Kunst ist es, Chaos in die Ordnung zu bringen.

Theodor W. Adorno

**D**er Anspruch für einen Platz an der Sonne ist bekannt. Weniger bekannt ist, dass sie untergeht, sobald er errungen ist.

Karl Kraus

## termine

### Dezember 2007

13.12.	14:00 Uhr	Redaktionsberatung der „LinksWorte“ (öffentlich) Freiberg, Bebelplatz 3
15./16.12.		Umzug der Geschäftsstelle Freiberg in das neue Objekt Roter Weg 41
ab 17.12. bis Jahresende		Eingeschränkter Geschäftsstellenbetrieb in der Geschäftsstelle Freiberg
18.12.	15:00 Uhr	Sprechstunde der Stadtfraktion Döbeln in der Geschäftsstelle Döbeln, Bahnhofstraße 1a
19.12.	10:00 Uhr	Rentenberatung mit Elisabeth Steinhoff in Döbeln, Bahnhofstraße 1a

### Januar 2008

02.01.	10:00 Uhr	Aufnahme des vollen Geschäftsbetriebs in der Geschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41
08.01.	18:00 Uhr	Beratung des Ortsvorstandes Döbeln, Bahnhofstraße 1a
08.01.	17:00 Uhr	Beratung des Ortsvorstandes Freiberg, Roter Weg 41
09.01.	17:00 Uhr	Beratung des Ortsvorstandes Brand-Erbisdorf, Dr.-W.-Külz-Str. 10
13.01.	09:00 Uhr	Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Friedhof der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde
<b>14.01.</b>	<b>19:00 Uhr</b>	<b>Beratung des Regionalvorstandes Freiberg, Roter Weg 41</b>
17.01.	14:00 Uhr	Mittwochscafe in Freiberg, Roter Weg 41 Beratung des Plans für das 1. Halbjahr 2008

Fortsetzung von Seite - 3 -

SS-Führer: „Seht es euch an, so geht es jedem von euch, wenn er zu flüchten versucht.“

Davon und noch von viel mehr schreibt einer der Sachsenburger Häftlinge, Genosse Willy Auerbach, in seiner Broschüre „Tausend Kameraden - Mann an Mann“. Dem ermordeten Häftling folgten noch viele weitere. Die Beisetzung dieser aufrechten Antifaschisten wurde von der damaligen Sachsenburger Heimbürgin abgelehnt.

Die Brutalität der SS in Sachsenburg war groß - daran sollte immer erinnert werden.

Ich betrachte das als eine wichtige Aufgabe der LINKEN von Frankenberg und im heutigen Landkreis Mittweida. Noch heute kommen viele Menschen, auch aus Chemnitz an den Ort des Verbrechens. Jährlich wird den Häftlingen des Lagers Sachsenburg gedacht, wird sich ihrer erinnert und wird ihrer gedacht.

Daran sollte man sich gerade zur Weihnachtszeit erinnern.

### Wichtige Termine im Brennpunkt e.V. Brand-Erbisdorf im Dezember

**Freitag, 14. Dezember, 19:00 Uhr:**

offene Vereins-Weihnachtsfeier

**Dienstag, 18. Dezember, 19:00 Uhr**

Vortrag und Diskussionsrunde zu den Balkankriegen in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts  
Mit **Jens-Eberhard Jahn**.

**Donnerstag, 20. Dezember, 19:00 Uhr**

Finissage zur Ausstellung „Fotografie“ mit Paul Altmann und Felix Wamatzsch

#### anschließend

Film zum Thema „Streetart“ und Auswertung der Stillen Versteigerung zur Ausstellung.

### Nochmals zur Frage der Geschlechterdemokratie

Unter der Überschrift „Geschlechterdemokratie - Fluch oder Segen“ äußerte sich Richard Thum aus Freiberg in unserer Novemberausgabe kritisch zum „Geschlechter-Gleichmachungswahn“.

Jetzt liegt der Redaktion ein Artikel von Lars Kleba aus Brand-Erbisdorf vor, diesmal unter der Überschrift: „Geschlechterdemokratie - weder Fluch noch Segen“. Er polemisiert nicht gegen Thum, legt aber sehr deutlich seinen Standpunkt dar.

Kernpunkt der Diskussion beider Genossen ist die so genannte Frauen-Quote. Kleba betont, dass es, um mit dieser Quotierung politisch sinnvoll arbeiten zu können, unbedingt erforderlich scheint, dass sich Männer in quotierten Runden und Gremien eben nicht als „Opfer“ sehen und begreifen. Sind doch die angeblichen Vorteile der Frauen durch die Quotierung oft der Grund des „starken Geschlechts“, Quoten abzulehnen. Dabei werde häufig übersehen, dass Frauen in vielen anderen Dingen oft benachteiligt werden.

Linke Strukturen, so Lars Kleba, behaupten oft von sich, antipatriarchale Strukturen zu sein. Die Wahrheit sehe allerdings anders aus. Noch viel schlimmer aber sei das Unvermögen, diese Wahrheit auch reflektieren zu können.

Der Artikel von Lars Kleba wird im vollen Wortlaut im Diskussionsforum auf der Internetseite des Regionalverbandes veröffentlicht.

### Zum Nachdenken

*Die Vergottung der Institutionen und ihrer Spielregeln ist etwas unsagbar Widerwärtiges.*

Kurt Tucholsky

**In eigener Sache:** der angekündigte Artikel über Genossen Werner Busch aus Döbeln, geschäftsführender Gesellschafter der „monsator“ Hausgeräte Dresden GmbH. erscheint in unserer Januarausgabe.

### Wir trauern um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen

- Helmut Saupe aus Hartha
- Gertrud Lorenz aus Döbeln
- Ruth Irmischer aus Flöha

**Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!**